

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN**  
**— Drucksache 11/3742 —**

**Beteiligung des BMZ am integrierten Entwicklungsvorhaben Bondoc/Philippinen**

*Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat mit Schreiben vom 9. Januar 1989 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:*

1. Welche Vereinbarungen über das Projekt Bondoc wurden am 3. Oktober 1988 zwischen Bundesminister Klein und der philippinischen Planungsministerin Monsod getroffen?

In dem Gespräch zwischen Ministerin Monsod und Bundesminister Klein am 3. Oktober 1988 wurde beschlossen, umgehend mit der Durchführung der Maßnahmen der Technischen Zusammenarbeit zu beginnen.

2. War das Projekt Bondoc Thema der deutsch-philippinischen Verhandlungen am 5./6. Dezember 1988 in Bonn, und wenn ja, mit welchen Ergebnissen?

Ja. Mit Technischer Hilfe zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung in der Bondoc-Region soll begonnen werden. Über die Realisierung der Straßenbaukomponente soll zu einem späteren noch nicht bestimmten Zeitpunkt entschieden werden. Die philippinische Delegation behielt sich andere Optionen zur Finanzierung der Straße vor.

3. Trifft es zu, daß der größte Teil der vorgesehenen Mittel der finanziellen Zusammenarbeit für die Straßenbaukomponente des Projektes verwendet werden soll, und wenn ja, wie hoch wird dieser Anteil veranschlagt?

Im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit wurden 25 Mio. DM für das Bondoc-Projekt vorgesehen. Davon sind 21 Mio. DM für die Straßenbaukomponente veranschlagt.

4. Trifft es zu, daß die Straßenbaukomponente zunächst zurückgestellt worden ist, und wenn ja, mit welcher Begründung und für welchen voraussichtlichen Zeitraum?

Ja (siehe Beantwortung der Frage 2). Zunächst sollen die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung unmittelbar verbessert werden.

5. Trifft es zu, daß mit der Umsetzung der Komponenten aus dem Bereich der Technischen Zusammenarbeit im Rahmen des Projektes umgehend begonnen werden soll, und worin bestehen diese Komponenten im einzelnen?

Ja. Folgende Komponenten sind vorgesehen: Trinkwasserversorgung, Basisgesundheitsdienste, landwirtschaftliche Beratung.

6. In der im gutachterlichen Auftrag der GTZ im Oktober 1987 fertiggestellten Studie von K. Fischer u. a., „BORD. Bondoc Peninsula Rural Development Project (Philippines). Report of the preparatory mission on technical cooperation“ werden drei zentrale Bedingungen genannt, die erfüllt sein müßten, damit mit dem Projekt begonnen werden kann:
- die Verhinderung einer möglichen Machtübernahme der Militärs durch die Regierung,
  - die Stabilisierung des mit der Entwicklungszusammenarbeit befaßten Institutionensystems,
  - eine Tolerierung der Etablierung und Ausführung des Projektes durch die örtliche NPA-Guerilla (S. 23).

Wenn nur eine dieser Bedingungen fehle, könne das Projekt nicht wie geplant begonnen werden.

Wie beurteilt die Bundesregierung diese Einschätzung?

Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß die Voraussetzungen für die Umsetzung des Projektes gegeben sind. Hauptkriterium für die Entscheidung der Bundesregierung ist die Armutsbekämpfung.

7. Ist der Bundesregierung ein Schreiben der regionalen NDF/NPA oder von deren Sprechern „Ka Roger“ und/oder „Ka Selda“ zum Projekt bekannt, und wenn ja, was ist der Inhalt dieses Schreibens?

Ja. Es ist nicht üblich, Schreiben ohne Zustimmung des Absenders zu veröffentlichen.

8. Sieht die Bundesregierung die Tolerierung des Projektes durch die NPA als gesichert an?

Die Bundesregierung geht davon aus, daß ein Projekt der Armutsbekämpfung von allen Teilen der Bevölkerung akzeptiert wird.

9. In der philippinischen Presse ist das Gebiet Bondoc wiederholt als „hotbed of insurgency“ bezeichnet und wiederholt über militärische Zusammenstöße dort berichtet worden (vgl. z. B. Manila Chronicle vom 30. Juni 1988). Auch der zuständige Referent im BMZ ging in einem Schreiben vom 4. Januar 1988 an die „Aktionsgruppe Philippinen“ davon aus, „daß die starke NPA-Präsenz (und die daraus automatisch abzuleitende ebenso starke militärische Präsenz) in dieser Region für Entwicklungszusammenarbeit außerordentlich problematisch werden kann“.

Teilt die Bundesregierung Befürchtungen, daß die persönliche Sicherheit von im Projekt (zukünftig) eingesetzten Experten in dieser Situation nicht gewährleistet werden kann?

Nein (siehe Beantwortung der Frage 8).

